5. Entgegennahme von Erklärungen über die Namensänderungen gemäss § 1577 und 1706 Bürgerlichen Gesetzbuches auf Grund § 68 des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

I. Nach § 1577 Bürgerlichen Gesetzbuches behält die geschiedene Ehefrau den Familiennamen des Mannes. Sie kann jedoch in jedem Fall ihren Mädchennamen wieder annehmen und wenn sie vor der Eingehung der geschiedenen Ehe verheiratet war, auch denjenigen Namen, welchen sie zur Zeit der Eingehung dieser Ehe hatte, es sei denn, dass sie im Scheidungsurteil allein für schuldig erklärt ist.

Falls die Frau allein für schuldig erklärt ist, kann der Mann ihr ausserdem auch seinerseits die Weiterführung seines Namens untersagen, und ist dann die Frau verpflichtet, ihren Mädchennamen wieder anzunehmen.

II. Nach § 1706 Bürgerlichen Gesetzbuches führt das uneheliche Kind den Mädchennamen der Mutter. Der Ehemann der Mutter kann jedoch dem Kinde nach erfolgter Einwilligung des Kindes resp. seines Vertreters und der Mutter seinen Namen ertheilen.

Alle diese Namensänderungen erfolgen durch Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde, im Hamburgischen Staatsgebiet gegenüber der Aufsichtsbehörde, wenn ad I die Ehefrau resp. der Ehemann und ad II der Ehemann der Mutter im hiesigen Staatsgebiet wohnen.

Die Thätigkeit der Standesämter.

Die Thätigkeit der Standesämter ergibt sich aus dem Personenstandsgesetz vom 6. Februar 1875 und besteht in der Hauptsache in der Beurkundung aller Geburts- und Sterbefälle, welche sich in dem Bezirk des betreffenden Standesamtes ereignen, und in der Schliessung von Ehen solcher Personen, von denen wenigstens eine in dem betreffenden Bezirk ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. (§ 1320 B. G. B.)

Ausserdem kann auf Ermächtigung des nach Obigen zuständigen Standesbeamten eine Ehe auch vor dem Standesbeamten irgend eines anderen Bezirkes innerhalb des Deutschen Reiches geschlossen werden. (§ 1321 B. G. B.)

I. Jede Geburt muss innerhalb einer Woche dem Standesbeamten unter Vorlegung der erforderlichen Nachweise mündlich angezeigt werden und zwar sind hierzu der Reihe nach verpflichtet der eheliche Vater, die bei der Niederkunft zugegen gewesene Person und schliesslich die Mutter, sobald sie dazu im Stande ist. Bei Geburten, welche sich in öffentlichen Anstalten ereignen, trifft die Verpflichtung zur Anzeige jedoch ausschliesslich den Vorsteher der Anstalt oder den von der zuständigen Behörde Ermächtigten Beamten (§ 20 des Gesetzes vom 6. 2. 1875).

Ueber die erfolgte Beurkundung der Geburt erhält der Anzeigende eine Bescheinigung, auf Grund welcher der Geistliche die Taufe vornehmen kann.

Diejenigen, welche eine Ehe eingehen wollen, müssen unter Vorlegung aller übrigen Papiere vor allem den Nachweis bringen, dass sie Angehörige eines deutschen Bundesstaates sind, da anderenfalls nach § 67 des Ausführungsgesetzes vom 14. Juni 1899 B. G. G. Zeugnisse ihrer Heimatsbehörde vorgelegt werden müssen betreffend das Nichtvorhandensein von Ehehindernissen und die Anerkennung der Ehe.

Beschieden bedarf ein in den bayerischen Landestheilen rechts des Rheines heimatsberechtigter Mann zur Eheschliessung eines Verheirathungszeugnisses seiner Heimatsbehörde.

Im Uebrigen kann ein Mann nicht vor dem Eintritt der Volljährigkeit, eine Frau nicht vor der Vollendung des 16. Lebensjahres eine Ehe eingehen, jedoch kann die Frau von dieser Vorschrift Befreiung erhalten, während der Mann nur dann vor dem vollendeten 21. Lebensjahr heirathen darf, wenn er gemäss § 8 B. G. B. durch das zuständige Vormundschaftsgericht für volljährig erklärt ist.

Ausgeschlossen ist ausserdem eine Ehe zwischen Verwandten in gerader Linie, zwischen vollbürtigen oder halbbürtigen Geschwistern, sowie zwischen verschwägerten in gerader Linie (§ 1310 B. G. B.) sowie zwischen Personen, von denen die eine mit Eltern, Voreltern oder Abkömmlingen der anderen Geschlechtsgemeinschaft gepflogen hat.

Desgleichen ist die Ehe zwischen einem wegen Ehebruch geschiedenen Ehegatten und demjenigen, mit welchem der geschiedene Ehegatte den Ehebruch begangen hat, verboten, wenn dieser Ehebruch in dem Scheidungsurteil als Grund der Scheidung festgestellt worden ist (§ 1313 B. G. B.). Von dieser Vorschrift kann jedoch Dispens ertheilt werden; zuständig hierfür ist derjenige Bundesstaat, dem der geschiedene Ehegatte angehört (in Hamburg der Senat).

Ferner darf eine Frau erst 10 Monate nach der Auflösung ihrer früheren Ehe eine neue Ehe eingehen, es sei denn, dass sie inzwischen geboren hat (§ 1313 B. G. B.), jedoch kann auch hiervon Dispens ertheilt werden von demjenigen Bundesstaate, welchem die Frau angehört (in Hamburg von der Aufsichtsbehörde).

Der Eheschliessung soll ein Angebot vorhergehen (§ 1316), welches seine Kraft verliert, wenn die Ehe nicht binnen 6 Monaten nach Vollziehung des Angebotes geschlossen wird; von dem Angebot kann Befreiung bewilligt werden, welche für Eheschliessungen, die in Hamburg stattfinden sollen, bei der Aufsichtsbehörde nachzusuchen ist (§ 1316 B. G. B. Absatz 2 und 3). Ueber das rechtsbehaltene nachzusuchen ist (§ 1316 B. G. B. Absatz 2 und 3). Ueber das rechtsbehaltene nachzusuchen ist (§ 1316 B. G. B. Absatz 2 und 3).

Zweck der Anmeldung zur kirchlichen Trauung und nach der Eheschliessung eine weitere Bescheinigung, auf Grund welcher die kirchliche Trauung erfolgen kann.

III. Die Sterbefälle müssen spätestens am nächstfolgenden Wochentage dem zuständigen Standesamt (s. oben) angezeigt werden. Verpflichtet ist hierzu das Familienhaupt oder, wenn ein solches nicht vorhanden oder an der Anzeige behindert ist, derjenige, in dessen Wohnung der Sterbefall sich ereignet hat. Hinsichtlich der Sterbefälle, welche sich in öffentlichen Anstalten ereignet haben, gilt das ad I Gesagte.

Eine Beerdigung darf ohne Genehmigung der Polizeibehörde vor Eintragung des Sterbefalles in das Sterberegister nicht stattfinden. Nach erfolgter Eintragung jedes Sterbefalles erhalten die Anzeigenden hierüber sofort unentgeltlich eine Bescheinigung, auf Grund welcher das Weitere wegen der Beerdigung beim Friedhofsamt zu beantragen ist.

IV. Geburts- und Sterbefälle, welche sich auf Seeschiffen während der Reise ereignen, werden auf Grund eines Auszuges aus dem Schiffsjournal, falls die Eltern des Kindes oder der Verstorbene ihren letzten Wohnsitz in Hamburg hatten, bei dem hiesigen zuständigen Standesamt beurkundet.

V. Berichtigungen abgeschlossener standesamtlicher Eintragungen können nur auf Grund gerichtlicher Anordnung erfolgen. Anträge auf Berichtigung sind regelmässig bei dem zuständigen Standesamt zu stellen, unter Vorlegung aller Beweismittel.

Nach eingetretener Rechtskraft des Berichtigungsbeschlusses erfolgt die Berichtigung des Registers durch Beischiebung eines Vermerkes am Bande der zu berichtenden Eintragung.

VI. Auszüge aus den standesamtlichen Registern kosten 50 ¢ Gebühren, desgleichen später erfolgende Beinhaltungen auf bereits ausgestellten Urkunden. Die Entschuldung der standesamtlichen Register kostet für jeden Jahrgang ebenfalls 50 ¢, jedoch für mehrere Jahrgänge zusammen nicht mehr als 1,50 Mk.

Das Verzeichniss des Beamtenpersonals siehe Abschnitt I.

Feuerlöschwesen.

Centralbureau: Spitalstr. 4.

Die Feuerlöschanstalten des Hamburger Staates sind der „Deputation für das Feuerlöschwesen“ unterstellt. Diese Behörde wurde nach Trennung des Feuerlöschwesens von dem Feuerversicherungswesen durch Gesetz vom 2. März 1868 eingesetzt. Auf Veranlassung der Deputation für das Feuerlöschwesen wurde die bis dahin bestehende besoldete sogenannte „temporäre“ Feuerwehr am 12. November 1872 in eine Berufsfeuerwehr umgewandelt. Der Feuerwehr liegt es ob, ausserordentlichen in Gefahr, Hilfe zu leisten. Ferner hat sie durch vorbeugende Thätigkeit zur Feuererhaltung beizutragen, wozu auch die Beaufsichtigung des Schornsteinfeuerwesens gehört. Ausserdem leistet die Feuerwehr, soweit sie nicht durch vorstehende Thätigkeit in Anspruch genommen wird, auch andere Hilfe, welche ein sofortiges sachgemässes Eingreifen erfordert, z. B. Beseitigung von Verkehrshindernissen, Samariterhilfe n. dergl. m. Jede Hilfeleistung der Feuerwehr geschieht unentgeltlich. Das Herbeiführen der Feuerwehr muss bei Bränden oder wenn Menschenleben in Gefahr, durch die öffentlichen Feuerwehler oder durch die Polizei- und Feuerwachen oder durch Telephon geschehen. Feuer, welches bereits gelöscht ist, sowie Schornsteinbrände sind an die Polizei- oder Feuerwachen direct oder durch Telephon zu melden, desgleichen kleinere Unfälle, bei welchen die Hilfe der Feuerwehr gewünscht wird. Die telephonische Meldung ist die Hauptfeuerwache, Amt ohne Angabe einer Nummer anzurufen. Die Feuerwehler sind derart über das ganze Stadtgebiet vertheilt, dass von jedem Punkte der Stadt aus in ca. 2-3 Minuten ein Feuerwehler zu erreichen ist. Die Durchschnittserkennung eines Punktes von einem Melder beträgt 250 Meter. Vorhanden sind 294 öffentliche Feuerwehler: 82 Säulenwehler auf Strassen, 99 Wand-Strassenwehler, 23 Hausfeuerwehler in Apotheken, bei Gastwirthen, Bäckern etc., ausserdem giebt es 128 interne Feuerwehler in öffentlichen Gebäuden, Theatern, grösseren Localen, Versammlungsräumen, Krankenhäusern und besonders feuergefährlichen Betrieben. Die internen Feuerwehler dürfen nur benutzt werden, wenn in dem betreffenden Etablissement selbst die Hilfe der Feuerwehr gebraucht wird. Soweit die mit roter Farbe gemalten Säulenwehler nicht an der Aussenseite von Gebäuden oder als freistehende Säulenwehler angebracht sind, befinden sich dieselben innerhalb von Gebäuden, welche letztere dann durch ein rotes Schild mit weisser Aufschrift „Feuermeldestelle“ gekennzeichnet sind. Zum besseren Auffinden der nächsten Feuermeldestelle sind im Uebrigen über oder neben jedem Postbriefkasten Hinweisschilder angebracht. Das Centralbureau des Feuerlöschwesens befindet sich auf der Hauptfeuerwache, Spitalstr. 2, Büreaustunden 8-4 Uhr. Das Personal und Material der Feuerwehr ist in 10 Feuerwachen untergebracht. Das Personal besteht aus dem Branddirector, 2 Brandinspectoren, 9 Brandmeistern, 114 Chargirte, 404 Feuerleuten und Fahrern und 14 kleine Dampfpritsen, hiervon eine Dampfautomobilpritze, 10 Gasspritsen, und 14 kleine Dampfpritsen, hiervon eine Dampfautomobilpritze, 10 Gasspritsen, hiervon einen electroautomobil, 10 fahrbare grosse Leitern, hiervon 1 elektroautomobile, 8 Gerätewagen, 1 Tender, 25 Schlauchkarren, 15 Handdruckpritsen, 3 Wasserwagen, 5 Arbeitswagen, 4 Dienstwagen, darunter 1 Benzinautomobil-Wagen, 49 Fahrräder, 1 Kohlenwagen, 8 Abholzpritsen.

Das Verzeichniss der Feuermeldestellen siehe Abschnitt II, der Feuerwachen und des Beamtenpersonals siehe Abschnitt I.

Verein für das Retterkorps

des vereinigten Feuerversicherungs-Gesellschaften in Hamburg. Gertrudenstr. 14.

Der Name „Retterkorps“ könnte den irrtümlichen Glauben erwecken, dieses Korps sei dazu bestimmt, „Menschen“ aus Gefahr zu retten. Gab es doch in alten Zeiten in manchen Städten, z. B. auch in Hamburg, Leute, „Retter“ genannt, welche, ohne mit dem Feuerlöschwesen im Uebrigen in irgend welcher Verbindung zu stehen, speciell damit beauftragt waren, im Falle eines Feuers raschmöglichst auf die Brandstelle zu eilen, um bedrängte Menschen der Feuersgefahr zu entreissen.

Das in Hamburg als „Retterkorps“ bezeichnete Institut wird von den vereinigten Feuerversicherungsgesellschaften unterhalten und hat den Zweck, auf Brandstellen die Interessen der Feuerversicherungsgesellschaften während des Feuers und namentlich auch nach Abbruch der Feuerwehr wahrzunehmen.

Das Retterkorps ist auf der Brandstelle der Feuerwehr unterstellt, arbeitet aber, soweit es in seiner Thätigkeit mit der Feuerwehr nicht in Berührung kommt, selbstständig.

Das aus einem Obercommandeur, 2 Commandeuren, 4 Gefreiten, 15 Rettern und 2 Telegraphisten bestehende Personal des Retterkorps ist uniformirt und militärisch organisiert.

Das Wachlokal befindet sich Gertrudenstr. 14 und ist mit einer direkten Telegraphen- und Telefonleitung mit der Hauptfeuerwache verbunden. Durch Letztere erhält die Retterwache von jeder Feuermeldung Kenntniss und rückt dann auch in allen Fällen sofort aus.

Zur Ausübung seiner Thätigkeit stehen dem Retterkorps zur Verfügung: 3 Benzin-Motor-Opal-Wagen, Motorwagen und 2 Motorräder für je 2 Mann Besatzung, die mit Persennigen, Eimern, Schaufeln, Besen, Feilen, Körben und sonstigem Material ausgerüstet sind.

Ausserdem mehrere Fahrräder.

Verwaltet wird der Verein für das Retterkorps von einem Vorstand, welcher von dem dem Verein angehörenden Feuerversicherungsgesellschaften gewählt wird. Adresse: Adolf Burmester, 1. Vors. Rathhausstr. 6, Vorsteher der Wache; Obercommandeur Schmidt, Gertrudenstr. 14.

Hamburger Feuerkasse.

Kurze Mühren 20.

Die Hamburger Feuerkasse ist eine auf den Gesetzen vom 20. Februar 1885 und vom 20. April 1891 beruhende gesetzliche Vereinigung der Gebäudeeigentümer zu gemeinschaftlicher und gegenseitiger Versicherung ihrer auf hamburgischem Staatsgebiet belegenen Gebäude gegen Feuer und dem gleichzeitige Ereignisse.

Die Verwaltung der Feuerkasse wird geführt von der Feuerkassendeputation, welche aus 2 Senatsmitgliedern als Vorsitzendem bzw. stellvertretendem Vorsitzenden und aus 12 nach Massgabe des Verwaltungsgesetzes aus den Versicherten durch die Bürgerschaft zu wählenden bürgerlichen Mitgliedern besteht.

Die Versicherung der Gebäude bei der Feuerkasse ist sowohl für die Gebäudeeigentümer als für die Feuerkasse eine zwangsweise mit alleiniger Ausnahme der Kirchen und der ausschliesslich zum Gottesdienst bestimmten Gebäude, welchen der Beitritt zur Feuerkasse freisteht.

Für die Aufnahme eines Gebäudes in die Feuerkasse ist eine Schätzung des Wertes desselben durch die von der Feuerkassendeputation bestellten Taxatoren erforderlich. Dem Versicherungsnehmer ist es aber gestattet, noch 10% über den geschätzten Werth bei der Feuerkasse zu versichern; es steht ihm ausserdem frei, sich gegen etwaige Miethverluste, welche ihn aus Anlass eines Brandes treffen, anderweitig zu versichern.

Das Inhalts-Verzeichniss befindet sich hinter dem Titelblatt.

Die dachle G Gebiet d Für etw Betrieb l Die den vers die aus schädigu nehmend schätzu. Die Ents 1/2 bei B Dach ist letzte Dr Im nach voll ausgeh stande ertheilt l Da

Senat

Das Recht, Zz Verfall, Usurpatio einander der Verk unterbu und ein Zusammen Ers verein; 1819 stuf wieder b deutscher gebiet ge von eine gemeins Einwohn Staaten j

Nac schaftlich Stßen d politische Nordreit verfassu jedoch w Vertrag wieder h welche a verfass; hat im U versamm eigene sie mit g überwach die Stat für Zölle Directiv und Han bestimmt sprech der gemei dieselbe l

So l und Wan von Jahr städtische der hamb bemessen Zöllbehau Waren b stehende namentlich ferner die für die h zollinländ ins Zollin für seiner Accise“; Stadt und verzehrt Braustene Accise-Vei Gesetz vo

Der Zöllgebiel licher Mi Vertretern Hamburg! vom 25. 3 der Stadt, dem Zollg bestimmte Gebietsbe Gebiet b zulässig der aus Lagerhaus Einbezieh die deuts über die

Alle